



Philipp & Co. KG
Kieswerk Bad Schönborn-Langenbrücken

Erweiterung Süd

Teil I
Erläuterungsbericht
zum wasserrechtlichen Antrag nach § 68 WHG

November 2020

Bearbeitung

arguplan GmbH
Vorholzstraße 7
76137 Karlsruhe

Tel. 0721 1611 0-21
Fax 0721 1611 0-10
juris@arguplan.de

Antragstellerin

Philipp & Co. KG
Inneres Fischwasser
76669 Bad Schönborn

Tel. 07253 9430-0
Fax 07253 9430-90
info@philipp-kies.de

Inhaltsverzeichnis

1	Veranlassung und Zielstellung	1
2	Antragsumfang	1
3	Bestehende Genehmigungen	2
4	Planerische Rahmenbedingungen	3
4.1	Regionalplanung	3
4.2	Kommunale Planung	3
4.3	Fachplanerische Ausweisungen	4
5	Standort	4
5.1	Derzeitige Nutzungen und Eigentumsverhältnisse	4
5.2	Angaben zur Lagerstätte	5
6	Vorhabensbeschreibung	6
6.1	Festlegung der Abbautiefe	6
6.2	Flächen- und Massenbilanz	6
6.3	Zeitlicher Ablauf	6
6.4	Vorbereitende Maßnahmen	6
6.5	Gewinnungs- und Fördertechnik	7
6.6	Abtransport der produzierten Rohstoffe	8
6.7	Abbaurichtung	8
6.8	Böschungsgestaltung und Sicherheitsabstände	8
6.9	Mess- und Kontrollverfahren	9
6.10	Sonstige betriebliche Angaben	9
6.11	Anlage des Ersatzwegs	10
7	Rekultivierungs- und Ausgleichsmaßnahmen	10

Anlagen

- Anlage I.1: Übersichtskarte (M 1 : 25.000)
- Anlage I.2: Übersichtskarte zum Abbauplan (M 1 : 6.000)
- Anlage I.3: Abbauplan (M 1 : 2.000)
- Anlage I.4.1: Abbauprofil 1 (M 1 : 500)
- Anlage I.4.2: Abbauprofil 2 (M 1 : 500)

1 Veranlassung und Zielstellung

Die Philipp & Co. KG betreibt am Standort Bad Schönborn-Langenbrücken (Landkreis Karlsruhe) einen Sand- und Kiesabbau. Der derzeitige Abbau wird auf Grundlage des Planfeststellungsbeschlusses vom 25.06.2008 betrieben, der den Kiesabbau im gesamten Konzessionsbereich bis zum 31.12.2021 befristet. Der Planfeststellungsbeschluss 2008 beinhaltete die südliche Erweiterung der Kiesgrube sowie die wasserrechtliche Erlaubnis zur Nachbaggerung im Altsee.

Mit der Nachbaggerung im Altsee werden vor allem die kiesigen Sande des Oberen Zwischenhorizontes erfasst, während mit dem Abbau des Oberen Kieslagers vorrangig feinsandarme Kiese gewonnen werden. Die Aufrechterhaltung des erforderlichen Produktionsbetriebes und Verkaufs kann durch die Nachbaggerung allein nicht gewährleistet werden, da bezüglich des Körnungsspektrums ein ausreichender Kiesanteil unabdingbar ist.

Die zum Abbau genehmigten Rohstoffvorräte aus der Erweiterung werden in Kürze erschöpft sein. Zur kurzfristigen Sicherung der Rohstoffversorgung hatte die Philipp & Co. KG im Dezember 2019 eine Arrondierung der Abbaufäche um ca. 1,85 ha beantragt. Das mit der Arrondierung gewinnbare Abbauvolumen beträgt insgesamt 578.000 m³ und ermöglicht unter Berücksichtigung des nicht verwertbaren Anteils Fortführung des Abbaubetriebs um ca. 1,5 bis 2 Jahre. Zur Sicherung der weiteren Rohstoffversorgung und zur Bereitstellung der nachgefragten Körnungen ist eine Erweiterung der Abbaufäche daher zwingend erforderlich.

Aufgrund der abbaubedingten Beanspruchung eines asphaltierten Feld- bzw. Radwegs ist auch die Anlage eines fast 840 m langen Ersatzwegs südlich des Vorhabensbereichs vorgesehen.

2 Antragsumfang

Die vorgesehene Erweiterung schließt südlich an die gültige Konzessionsgrenze an (s. Anlagen I.2 und I.3).

Die Abgrenzung des Vorhabenbereichs orientiert sich dabei an dem in der Fortschreibung des Kapitels 3.3.6 *Oberflächennahe Rohstoffe* des *Regionalplans Mittlerer Oberrhein 2003* vom 24.07.2015 ausgewiesenen *Vorranggebietes für den Abbau der oberflächennahen Rohstoffe Kies und Sand (6717-9e)*.

Nach aktueller Einschätzung des LGRB ist eine Flächenerweiterung jedoch nur genehmigungsfähig, wenn die Abbauerweiterung im hydraulischen Stromschatten des Bestandssees angelegt wird. Dadurch soll vor allem ein verstärkter Zufluss von nitratbelastetem Grundwasser zu den im Seeabstrom gelegenen Trinkwasserfassungen vermieden werden (s. Grundwasserhydrologische Untersuchungen, Teil IX des Antrags). Daher wurde die Erweiterungsfläche gegenüber dem ausgewiesenen Vorranggebiet nach Osten verschoben und in seiner Süderstreckung reduziert.

Der Änderung des Flächenzuschnitts wurde seitens des Regierungspräsidiums Karlsruhe – Raumordnungsbehörde – am 11.12.2019 im Zuge eines Zielabweichungsverfahrens zugestimmt (s. Kap. 4.1).

Ebenfalls aus Gründen des vorbeugenden Grundwasserschutzes wird für das Erweiterungsvorhaben der Abbau nicht bis zur bisher genehmigten Abbautiefe von 65,5 m +NN beantragt. Um den Trennhorizont zwischen dem oberen und mittleren Grundwasserleiter nicht zu durchteufen, wird die Abbautiefe in der Erweiterung Süd auf 75 m +NN begrenzt (vgl. Kap.6.1).

Die Abbauerweiterung umfasst eine Antragsfläche von 15 ha. Die eigentliche Abbaufäche für den Nassabbau weist dabei nach Abzug der erforderlichen Sicherheitsabstände zu den benachbarten Grundstücken und Wegen eine Flächengröße von 13,3 ha auf.

Vorbehaltlich der anzulegenden Ufer- und Flachwasserbereiche im Zuge der Rekultivierungsmaßnahmen ergibt sich aus dem geplanten Erweiterungsvorhaben ein Abbauvolumen von ca. 2,70 Mio. m³ Sand und Kies (einschließlich Abraum und nicht verwertbarem Anteil).

Nach Abzug von Abbauverlusten und dem Anteil nicht verwertbaren Materials verbleibt ein verwertbares Abbauvolumen von ca. 2,43 Mio. m³, welches bei einem durchschnittlichen Jahresbedarf von ca. 300.000 m³ eine Gesamtlaufzeit von ca. 8 - 9 Jahren gewährleistet.

Durch die geplante Erweiterung wird ein asphaltierter Feldweg, der eine ausgewiesene Radwegeverbindung vom *Rettinger Richtweg* im Osten zum *Lußhardtswald* im Westen dargestellt, beansprucht. Zur Aufrechterhaltung insbesondere der Radwegeverbindung ist die Anlage eines asphaltierten Feldwegs entlang der südlichen Gemarkungsgrenze von Langebrücken geplant. Der neue Wegeabschnitt weist eine Länge von ca. 840 m auf.

Erschließungsmaßnahmen sind im Zuge der Erweiterung nicht erforderlich. Die Infrastruktur für den Abbau und die Aufbereitung des Rohstoffs ist durch den bestehenden Kiesabbau bereits vorhanden.

3 Bestehende Genehmigungen

Die derzeitige Kiesgewinnung am Standort Langenbrücken erfolgt auf Basis der im Folgenden genannten Genehmigungen (s. Tab. 1):

Tab. 1: Übersicht über Genehmigungen

Datum	Genehmigung
07.05.2007	Wasserrechtliche Erlaubnis zur Wasserentnahme aus dem Baggersee zur Kieswäsche mit den Pumpen 1 und 2
25.06.2008	Wasserrechtlicher Planfeststellungsbeschluss zur Erweiterung der Kiesgrube Langenbrücken um 12,69 ha in südliche Richtung und wasserrechtliche Erlaubnis zur Nachbaggerung im Altsee mittels Saugbagger des Landratsamtes Karlsruhe
23.05.2011	Immissionsschutzrechtliche Genehmigung für die Brecheranlage

Des Weiteren hat die Philipp & Co. KG im Dezember 2019 einen Antrag auf die Arrondierung der Abbaufläche um ca. 1,8 ha gestellt. Die Zulassung des Vorzeitigen Beginns für die Rodungsarbeiten wurde am 24.02.20 und für die Beräumung des Oberbodens auf der Arrondierungsfläche am 29.07.20 durch das Landratsamt Karlsruhe zugelassen.

4 Planerische Rahmenbedingungen

4.1 Regionalplanung

Die Erweiterungsfläche schließt sich an die konzessionierte Abbaufläche der Philipp & Co. KG an und erstreckt sich überwiegend auf das in der Fortschreibung des Regionalplankapitels 3.3.6 Oberflächennahe Rohstoffe des Regionalplans Mittlerer Oberrhein 2003 ausgewiesene *Vorranggebiet für den Abbau der Rohstoffe Sand und Kies* (RVM0 Nr. 6717-9e).

Aus Gründen des vorbeugenden Grundwasserschutzes wurde die Erweiterungsfläche gegenüber dem ausgewiesenen Vorranggebiet nach Osten verschoben und in seiner Süderstreckung reduziert. Die Änderung des Flächenzuschnitts wurde in einem Zielabweichungsverfahren gemäß § 6 Abs. 2 ROG i.V. mit § 24 LplG Baden-Württemberg geregelt und vom Regierungspräsidium Karlsruhe am 11.12.2019 zugelassen.

Darüber hinaus liegt die Erweiterungsfläche innerhalb eines *Bereiches zur Sicherung von Wasservorkommen*. Weitere regionalplanerische Ausweisungen bestehen für die Erweiterungsfläche nicht.

4.2 Kommunale Planung

Der Flächennutzungsplan der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Bad Schönborn/Kronau 1989 mit Stand vom 17.03.2005 weist den Erweiterungsbereich vollständig als *Fläche für die Landwirtschaft* aus. Die nördlich der Erweiterungsfläche gelegene Lußhardt-siedlung ist im Außenbereich gelegen. Die Gebäude sind dementsprechend als *Aussiedlerhöfe* ausgewiesen.

Bauflächen oder andere städtebaulichen Entwicklungsziele sind im Bereich der Erweiterungsfläche nicht ausgewiesen. Zielsetzungen der kommunalen Planung, welche dem geplanten Erweiterungsvorhaben entgegenstehen könnten, bestehen nicht.

4.3 Fachplanerische Ausweisungen

Naturschutz

Innerhalb der Erweiterungsfläche sind keine Schutzgebietsausweisungen vorhanden. Auch Schutzobjekte wie gesetzlich geschützte Biotope befinden sich nicht im geplanten Abbau-bereich.

Westlich und südlich des Vorhabensbereichs liegt das FFH-Gebiet 6717341 *Lußhardt zwischen Reilingen und Karlsdorf*. Die Anbindung des südlich der geplanten Abbaufäche verlaufenden Ersatzwegs an einem bestehenden Weg erstreckt sich marginal auf das Natura 2000-Gebiet. Der Anschlussbereich berührt randlich auch das gesetzlich geschützte Biotop *Feldhecke an der Kronauer Allee westlich von Langenbrücken* (Nr. 167172152884) und mit dem dort deckungsgleichen Biotop *Waldmeister- Buchen- Wald am Kriegbach* (Nr. 267172154021).

Wasserwirtschaft

Der nördliche Teil des bestehenden Baggersees liegt innerhalb der Schutzzone III B des Wasserschutzgebietes *ZV Gruppenwasserversorgung Hohberg*. Die Erweiterungsfläche befindet sich jedoch außerhalb des Wasserschutzgebiets. Aktuell erfolgt eine Überprüfung des WSG. Es zeichnet sich ab, dass der ganze See einschließlich des Vorhabenbereichs zukünftig innerhalb der Schutzzone IIIB liegen wird.

Die Erweiterungsfläche ist kein Bestandteil eines ausgewiesenen Heilquellenschutzgebiets oder eines Überschwemmungsgebiets. Die Hochwasserrisikokarte weist den überwiegenden Teil der Erweiterungsfläche als überschwemmungsgefährdet bei HQ₅₀ aus.

Mit Ausnahme der regionalplanerischen Zuordnung als *Bereich zur Sicherung von Wasservorkommen* bestehen keine sonstigen wasserwirtschaftlich relevanten Ausweisungen für die Erweiterungsfläche.

5 Standort

5.1 Derzeitige Nutzungen und Eigentumsverhältnisse

Die geplante Erweiterungsfläche schließt südlich an den bestehenden Baggersee an und erstreckt sich jeweils auf Teilbereiche der Flurstücke Nr. 8968, 8967, 8964, 8963, 8962, 8961, 8960 und 8959 auf Gemarkung Langenbrücken (s. Anlage I.3).

Der überwiegende Teil der Flurstücke wurde von der Fa. Philipp erworben. Über die noch nicht im Eigentum befindlichen Flurstücke Nr. 8960, 8961, 8962 und 8967 wurden bereits Kaufverhandlungen geführt. Der Erwerb dieser Flurstücke wird zeitnah bzw. mit Vorliegen des Planfeststellungsbeschlusses erfolgen.

Die Erweiterungsfläche wird derzeit entsprechend ihrer Ausweisung im Flächennutzungsplan ackerbaulich genutzt. Zwischen dem bestehenden Philippsee und der beantragten Erweiterungsfläche verläuft ein befestigter Radweg, der den *Rettinger Richtweg* mit der *Kronauer* oder *Hauptallee* verbindet. Für diese Verbindung besteht zudem eine Ausweisung als Wanderweg.

Nördlich der Erweiterungsfläche ist die *Lußhardtsiedlung*, eine Ansammlung landwirtschaftlicher Betriebe, gelegen. Die Versorgungsleitungen werden von Osten bzw. Nordosten zur *Lußhardtsiedlung* geführt. Versorgungsleitungen oder sonstige Infrastruktureinrichtungen befinden sich keine innerhalb der Erweiterungsfläche. Die Zufahrt zu den Gebäuden der Lußhardtsiedlung erfolgt über den *Holzmüller Richtweg*. Die Zufahrtswege liegen außerhalb der Erweiterungsfläche.

Die fischereiliche Nutzung des Baggersees erfolgt durch den Angelclub (AC) Bad Schönborn

Die Freizeiteinrichtungen am Philippsee sind im östlichen Bereich des Baggersees gelegen. Eine Freizeitnutzung findet im aktiven Abbaubereich des Sees am Südufer nicht statt

5.2 Angaben zur Lagerstätte

Am Standort werden die Sande und Kiese der *Mannheim-Formation* (qMA, früher OKL) gewonnen. Im Liegenden folgt die *Ludwigshafen-Formation* (qLU, früher OZH), einem Zwischenhorizont aus oftmals bindigen Substraten, der am Standort jedoch nicht bzw. nur stellenweise und geringmächtig ausgebildet ist. Nach der Karte der mineralischen Rohstoffe von Baden-Württemberg 1:50.000 (KMR), Blatt L716/L6916 ist die qLU oftmals sandig bis kiesig ausgebildet und damit nutzbar. Die Basis der qLU ist nach den Auswertungen der Bohrungen im Umfeld des Philippsees bei ca. 72 m +NN zu erwarten (s. Teil IX des Antrags). Als unterste Einheit sind am Standort die Sande und Kiese der oberen Viernheim-Formation (qVHo) erschlossen.

Der Rohstoff in der qMA ist durch einen hohen Kiesanteil, oftmals Grobkies, und einen geringen Feinsandanteil charakterisiert. In der qVHo sind Sand und Kies zu etwa gleichen Anteilen vertreten. Kennzeichnend für die qVHo ist auch ein stellenweise hoher Feinsandanteil.

Die Karte der mineralischen Rohstoffe von Baden-Württemberg 1:50.000 (KMR), Blatt L716/L6916 weist das Rohstoffvorkommen als abbauwürdig mit Mächtigkeiten zwischen 50 und 70 m aus. Die Abbautiefe wird in vorliegendem Fall jedoch aus Gründen des vorbeugenden Grundwasserschutzes begrenzt (s. Kap. 6.1)

6 Vorhabensbeschreibung

6.1 Festlegung der Abbautiefe

Die bisher genehmigte Abbautiefe für den Philippsee beträgt 40 m (entspricht 65,5 m NN). Aufgrund der Untersuchungsergebnisse zum Schutzgut Wasser und entsprechend den diesbezüglichen fachgutachterlichen Empfehlungen für die hier beantragte Erweiterung wird eine Begrenzung der Abbautiefe auf 75 m NN festgelegt.

Mit dieser Festlegung soll eine Durchteufung des OZH, dessen Basis bei ca. 72 m NN liegt, vermieden werden. Die Maßnahme bietet gemäß fachgutachterlicher Einschätzung ausreichenden Schutz für den darunter folgenden *Mittleren Grundwasserleiter oben*.

6.2 Flächen- und Massenbilanz

Die Erweiterung umfasst eine Antragsfläche von insgesamt ca. 15 ha. Unter Berücksichtigung der erforderlichen Abstände von 10 m zu den unbebauten benachbarten Flurstücken und Wegen beträgt die Abgrabungsfläche ca. 13,3 ha. (s. Anl. I.3).

Aus der Massenermittlung mittels digitalen Geländemodells errechnet sich für die beantragte Erweiterungsfläche unter Berücksichtigung der Anlage von Flachwasserzonen für den naturschutzrechtlichen Ausgleich und der beantragten Abbautiefe bis 75 m NN ein rechnerisches Abbauvolumen von insgesamt ca. 2,70 Mio. m³ (Sand und Kies einschließlich Boden, Abraum und nicht verwertbares Material).

6.3 Zeitlicher Ablauf

Bei Beibehaltung der jährlichen Produktionsmenge von ca. 300.000 m³ und unter Berücksichtigung eines nicht verwertbaren Anteils von 10 % resultiert aus der Erweiterung ein rechnerischer Abbauzeitraum von ca. 8 - 9 Jahren.

6.4 Vorbereitende Maßnahmen

Zur Vorbereitung des Rohstoffabbaus wird der auf der Erweiterungsfläche anstehende Kulturboden abgetragen. Der kulturfähige Boden ist nach den bodenschutzrechtlichen Vorgaben seinem ursprünglichen Zweck zuzuführen, dafür getrennt auszubauen und gegebenenfalls zwischenzulagern.

Die Abgrabungsfläche im Erweiterungsbereich erstreckt sich auf ca. 13,3 ha. Das Volumen des im Zuge der Erweiterung anfallenden Bodens beläuft sich bei einer anzunehmenden mittleren Oberbodenmächtigkeit der Ackerböden von 0,3 m auf ca. 39.700 m³. Der humose Oberboden ist zur Abgabe an Dritte für Bodenmeliorationsmaßnahmen vorgesehen. Mit den Eigentümern geeigneter Ackerflächen für den Oberbodenauftrag östlich der Erweiterungsfläche steht die Fa. Philipp in Verhandlung.

Entlang des nördlichen Rands der Erweiterungsfläche verläuft ein befestigter Radweg, der vor Beginn der Rohstoffgewinnung rückgebaut werden muss. Der anfallende Straßenaufbruch muss fachgerecht entsorgt werden.

6.5 Gewinnungs- und Fördertechnik

Die Gewinnung von Sand und Kies im bestehenden Philippsee erfolgt im Nassschnitt. Die Rohstoffgewinnung erfolgt mittels Greiferbagger, der auch zum Abbau im Erweiterungsbereich eingesetzt werden soll. Daneben wird zur Nachbaggerung im Altsee ein Saugbagger eingesetzt, der an ein schwimmendes Schöpfrad zur Nachentwässerung gekoppelt ist. Die Schwimmbagger (Greifer- und Saugbagger) und das schwimmende Schöpfrad werden elektrisch betrieben. Da die Förderung des gewonnenen Materials beider Bagger über dieselbe Schwimmbandanlage ins Kieswerk erfolgt, ist immer nur jeweils ein Bagger in Betrieb.

Die alternierende Betriebsweise soll für die Rohstoffgewinnung im Bereich der Erweiterungsfläche in identischer Form weitergeführt werden. Hierzu muss das Gewinnungsgerät lediglich in den geplanten Abbaubereich verzogen werden.

Auf Schwimmbändern wird das Rohmaterial über die Seefläche zum nördlich gelegenen Werksgelände transportiert. Von hier aus gelangt das Material schließlich über eine Förderbandanlage zur Aufbereitungsanlage. Die Verschneidung der Materialien aus dem Greifer- und dem Saugbaggerbetrieb erfolgt durch versetzt angeordnete Abzugsöffnungen im Tunnel der Rohkieshalde auf der Betriebsfläche.

Sämtliche Antriebe der Anlage werden elektrisch betrieben, die Versorgung der Bagger erfolgt über 20 kV Stromleitungen, die Versorgung der Schöpfradstation über eine 400 V Leitung vom Saugbagger.

6.6 Abtransport der produzierten Rohstoffe

Der Transport des gewonnenen Sand- und Kiesmaterials erfolgt wie bisher ausschließlich mittels LKW. Das Kieswerk verfügt über eine günstige Anbindung an das überörtliche Straßennetz. Der Transport erfolgt dementsprechend über die Zufahrtsstraße zum Kieswerk mit Anschluss an die K 3575, weiter über die L 555, mit Anschluss an die B 3, B 35, B 292 sowie an die BAB 5.

Der Abtransport des täglich zu liefernden Materials von ca. 2.200 bis 2.400 t erfordert ca. 100 bis 110 LKW-Fahrten pro Tag. Der Transport erfolgt ausschließlich zur Betriebszeit zwischen 6.00 Uhr und 17.00 Uhr.

Ortsdurchfahrten sind hierbei nicht erforderlich. Lediglich im Falle von zu beliefernden innerörtlichen Baustellen wird dies notwendig. An dieser günstigen Situation ändert sich durch das Vorhaben nichts.

6.7 Abbaurichtung

Eine Unterteilung der Erweiterungsfläche in einzelne Abbaufelder ist nicht vorgesehen. Der Abbau in der Erweiterungsfläche setzt am Südufer des Philipppsees an und wird von dort in südwestliche und dann weiter in südöstliche Richtung geführt (s. Anlage I.3).

6.8 Böschungsgestaltung und Sicherheitsabstände

Die Abgrabungsfläche hält zu den benachbarten Flurstücken und Wegen jeweils einen Sicherheitsabstand von 10 m gemäß den Vorgaben des Leitfadens Kiesgewinnung und Wasserwirtschaft (LFU BADEN-WÜRTTEMBERG, 2004) ein.

Die der technischen Planung zugrundeliegenden Böschungsverhältnisse sowie weitere Zielvorgaben entsprechen dem Regelwerk zur Gestaltung und Nutzung von Baggerseen (DVWK 108/1992). Des Weiteren werden die Vorgaben und Empfehlungen des Leitfadens Kiesgewinnung und Wasserwirtschaft (LFU BADEN-WÜRTTEMBERG, 2004) berücksichtigt.

Die Abbauböschungen sollen als Regelprofil gestaltet werden (s. Anlagen I.3 und I.4). Die im Bereich der geplanten Erweiterung neu entstehenden Unterwasserböschungen werden die genehmigte Böschungsneigung von 1:2,5 unterhalb des Niedrigwassers -1 m (NW-1: 103,0 m +NN) bis zur Abbausohle beibehalten. Die Böschungsneigung von 1:2,5 ist nach LFU (2004) geeignet, um standsichere Unterwasserböschungen auszubilden.

Von der Mittelwasserlinie (MW: 105,0 m +NN) bis NW-1 weist die Regelböschung eine Neigung von 1:5 auf. In den Abbauwinkeln ist die Anlage größere Flachwasserzonen vorgesehen. Dazu wird die Neigung von 1:5 bis Niedrigwasser-4 (NW-4: 100,0 m +NN) beibehalten und auf dem Niveau von NW-4 Plateaus angelegt.

Die Böschungen oberhalb der Mittelwasserlinie bis zum bestehenden Geländeniveau der Erweiterungsfläche (zwischen ca. 107 m +NN und 109 m +NN) werden im Trockenabbau mit einer Neigung von ca. 1:2 bis 1:3 hergestellt.

6.9 Mess- und Kontrollverfahren

Die im Zusammenhang mit dem Kiesabbau erforderlichen Messungen und Kontrollen werden analog den Auflagen der bestehenden Genehmigung sowie der Vorgaben der Genehmigungsbehörde durchgeführt und zukünftig an die neuen Genehmigungsaufgaben angepasst.

Hierzu zählen die im mehrjährigen Rhythmus durchgeführten limnologischen Kontrolluntersuchungen einschließlich der Beprobung ober- und unterstromiger Grundwassermessstellen sowie die regelmäßigen Wasserstandsmessungen des Sees.

Abbaubedingte Veränderungen im aktiven Gewinnungsbereich werden mit aktuellen hydrographischen Aufmaßen (Seevermessung) in den vorgeschriebenen Intervallen dokumentiert und den Behörden berichtet.

6.10 Sonstige betriebliche Angaben

Alle erforderlichen Betriebseinrichtungen wie Büro, Sozialräume, WC, Lagerräume, Werkstatt, Sortieranlagen, Verladeanlagen, etc. sind vorhanden.

Die Betriebsanlage besteht aus Kies-, Wasch-, und Sortierwerk mit angegliederter Sandaufbereitungsanlage. Bau- und gewerberechtliche Genehmigungen liegen vor.

Im Betrieb sind ein jeweils elektrobetriebener Schwimm- und Saugbagger, Schwimm-, Land- und Steigbänder, schwimmende Rohrleitungen, Sieb- und Siloanlagen, Kiesentholungsanlage, Vorabsiebung, Brauchwasser- und Kieswaschwasserleitungen.

Die Lagerung von wassergefährdenden Stoffen (Öl und Diesel) erfolgt in einem Tank und in Ölfässern im Öllager bei der Werkstatt.

Das zum Betrieb der Anlage benötigte Waschwasser wird dem See entnommen und nach Gebrauch dem See wieder zugeleitet. Für die Entnahme, die Benutzung und Einleitung des Kieswaschwassers liegt eine gesonderte wasserrechtliche Erlaubnis vom 07.05.2007 vor.

Für die Weiterführung des Abbaus ist eine zusätzliche Errichtung betrieblicher Einrichtungen nicht erforderlich.

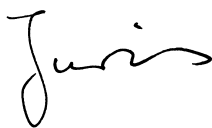
6.11 Anlage des Ersatzwegs

Für eine ausreichende Stabilität als Wirtschaftsweg ist nach Bodenabtrag ein Unterbau mit entsprechender Mächtigkeit herzustellen. Die Gesamtbreite des Wegs entspricht der des beanspruchten Teilstücks und beträgt 4,5 m, die sich aus einer 3,5 m breiten Asphaltbahn und einem beiderseitigen 0,5 m breiten Bankett zusammensetzt.

7 Rekultivierungs- und Ausgleichsmaßnahmen

Die Rekultivierungsplanung verfolgt grundsätzlich das Ziel, eine naturschutzfachlich wertvolle Uferzone mit einer angrenzenden Abbauböschung aus sandig-kiesigen Rohböden herzustellen. Mit den Maßnahmen soll auch ein funktionaler Ausgleich für die Beanspruchung von Lebensräumen wertgebender und besonders geschützter Arten gewährleistet werden. Als externe Maßnahme wird zusätzlich ein außerhalb der Antragsfläche verbleibendes Teilstück des asphaltierten Feldwegs zu einem Erdweg zurückgebaut. Eine detaillierte Beschreibung der Maßnahmen enthält der Landschaftspflegerische Begleitplan (Teil V des Antrags).

Karlsruhe, den 23.11.2020



B. Juris

arguplan GmbH